

Schwäbische Zeitung



FOTO: BORIS ROESSLER/DPA

„Bevölkerungsschutz ist kaputtgespart“
Herbe Kritik des Deutschen Roten Kreuzes an der Politik von Bund und Land. Seite 13

Fälle liegen jetzt beim Staatsanwalt
Ergebnislose Ermittlungen zu zerstörter und gestohlener Regenbogenfahne. Seite 15



ARCHIVFOTO: LAURA PREUSS

Mo.–Fr. € 2,20 | Sa. € 2,40

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR CHRISTLICHE KULTUR UND POLITIK

Mittwoch, 21. Juli 2021

Südwesten regelt Agrarförderung neu

STUTTGART (kab) - 2023 beginnt die neue Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Ab dann sollen Landwirte verstärkt Geld für Tier-, Umwelt- und Klimaschutz bekommen. Für Baden-Württemberg spricht Agrarminister Peter Hauk (CDU) von insgesamt 1,53 Milliarden Euro – oder auch 306 Millionen Euro pro Jahr –, die an die Bauern hierfür fließen sollen. Am Dienstag hat die grün-schwarze Landesregierung den Plänen Hauks zugestimmt, über welche 17 Programme das Geld an die Landwirte verteilt werden soll. „Baden-Württemberg liefert eine Blaupause für eine nachhaltige Landwirtschaft, die unsere bäuerlichen Familienbetriebe stärkt, dem Nachwuchs Perspektiven bietet und die Natur und Umwelt schützt“, erklärte Hauk hierzu. • SEITE 2

Organschäden oft Corona-Spätfolge

ULM (dpa) - Seit mehr als fünf Monaten läuft das Forschungsprojekt der Universitätsklinik Ulm zu Corona-Spätfolgen. Bislang haben die Wissenschaftler bei etwa jedem fünften Patienten Organschäden festgestellt. „Wir hatten bislang rund 250 Patienten. 20 Prozent von ihnen haben Organschäden“, sagte Dominik Buckert, betreuender Oberarzt der Spezialambulanz für Covid-Spätfolgen an Lunge, Herz und Gefäßen am Uniklinikum Ulm. Der größte Teil der übrigen Patienten fühle sich schlechter belastbar als vor der Erkrankung, sagte Buckert. Bei ihnen konnten die Mediziner aber keine Organschäden feststellen. • SEITE 2

Gastronomie fehlen Nachwuchskräfte

RAVENSBURG (ak/hego) - Die Nachwuchssorgen in der baden-württembergischen Gastronomie verschärfen sich. „Die Corona-Krise und vor allem die insgesamt neun Monate Lockdown für unsere Branche haben zu einem starken Rückgang der Ausbildungszahlen im Gastgewerbe geführt“, sagt Fritz Engelhardt, Vorsitzender des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga Baden-Württemberg, der „Schwäbischen Zeitung“. Die Gesamtzahl der Ausstellungsverhältnisse sei im vergangenen Jahr um 8,7 Prozent gesunken, die Zahl der neu abgeschlossenen Ausstellungsverhältnisse ging sogar um 20,8 Prozent zurück. • SEITE 8

Heute lesen Sie

Great Barrier Reef Kohleland Australien in Sorge um das Welterbe Seite 10



FOTO: DPA

Gewerbliche Anzeigen 0751 / 29 55-0
Private Anzeigen 0751 / 29 555 444
AboService 0751 / 29 555 555
Ticket Service 0751 / 29 555 777



Baden-Württembergs Landesregierung: Regierungschef Kretschmann (Grüne/1. Reihe links), Innenminister Strobl (CDU/1. Reihe rechts), (2. Reihe von links nach rechts) Umweltminister Walker (Grüne), Wissenschaftsministerin Bauer (Grüne), Finanzminister Bayaz (Grüne), Kultusministerin Schopper (Grüne), (3. Reihe von links nach rechts) Justizministerin Gentges (CDU), Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut (CDU), Sozialminister Lucha (Grüne), Verkehrsminister Hermann (Grüne), (4. Reihe von links nach rechts), Staatssekretär Hoogvliet (Grüne), Staatssekretär Schebesta (CDU), Wohnungsbauministerin Razavi (CDU), Landwirtschaftsminister Hauk (CDU) und Staatssekretärin Boser (Grüne). FOTO: BERND WEISSBROD/DPA

Kretschmann und die vielen Unbekannten

Umfrage bestätigt Popularität des Regierungschefs – Optimismus wächst trotz Corona

Von Jochen Schlosser

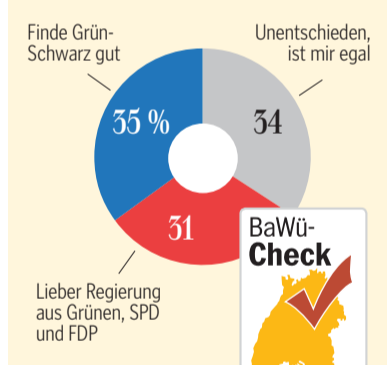
RAVENSBURG/STUTTGART - Im März wurde gewählt, seit ein paar Monaten ist Baden-Württembergs neue Landesregierung im Amt. Zeit für die Zeitungsverlage im Südwesten mit dem aktuellen BaWü-Check, dem gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach erstellten Baden-Württemberg-Monitor, das aktuelle Stimmungsbild der Bürgerinnen und Bürger abzufragen. Die Popularität von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) ist ungebrochen, während viele Mitglieder seines Kabinetts in der Bevölkerung kaum wahrgenommen werden. Lediglich Innenminister Thomas Strobl (CDU) kennen mehr als die Hälfte der Befragten. Kretschmann liegt bei 92 Prozent.

Auch hält sich die Zustimmung zur Neuaufgabe der grün-schwarzen Koalition im Land in überschaubaren Grenzen. Nur gut jeder Dritte freut sich über die Fortsetzung dieses Regierungsbündnisses, knapp jeder Dritte hätte sich lieber eine Ampelkoalition aus Grünen, SPD und FDP gewünscht. Außerdem gab ebenfalls ein Drittel zu Protokoll, dass es egal sei, wer die Regierung bildet. Große Unterstützung erhält Kretschmanns grün-schwarze Koalition vor allem bei CDU-Anhängern. Sie begrüßen mit großer Mehrheit (72 Prozent) die Neuaufgabe des Bündnisses. Die Parteigänger der Grünen sind in der Frage gespalten: 47 Prozent präferieren Grün-Schwarz, 41 Prozent wäre die Ampel lieber gewesen.

Gefragt nach den wichtigsten Aufgaben für die neue Landesregierung, steht zwar immer noch die Bewältigung der Corona-Pandemie im Fokus. Allerdings lässt die Dringlichkeit etwas nach: 58 Prozent der Bevölkerung halten die Thematik derzeit für vorrangig, bei der letzten Erhebung im Februar waren es noch 67 Prozent. Tatsächlich steigt angesichts der sinkenden Corona-Infektionszahlen und der steigenden Impfquote die Zuversicht im Südwesten. Derzeit sehen 45 Prozent der Befragten den kommenden zwölf Monaten optimistisch entgegen, im Winter waren es noch 40 Prozent, im Spätherbst des vergangenen Jahres lediglich 30 Prozent.

Online befragt wurden vom renommierten Allensbacher Meinungsforschungsinstitut 1021 Personen ab 18 Jahren in ganz Baden-Württemberg. Die Interviews wurden vom 30. Juni bis 7. Juli geführt – also noch vor der Unwetterkatastrophe. • LEITARTIKEL, SEITE 3

Ambivalentes Urteil über die Fortsetzung von Grün-Schwarz



Quelle: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre; Quelle: Allensbacher Archiv, IVD-Umfrage G60/VI

Merkel verspricht Soforthilfe innerhalb „von Tagen“

Kretschmann pocht auf Versicherungspflicht für Gebäudebesitzer – Debatte um Katastrophenschutz hält an



Die Kanzlerin in Bad Münstereifel: Angela Merkel verspricht den Betroffenen Hilfe. FOTO: OLIVER BERG/DPA

BAD MÜNSTEREIFEL/STUTTGART (dpa/kab) - Erneut hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in eine vom Hochwasser stark betroffene Region begeben. Gemeinsam mit Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) besuchte sie Bad Münstereifel in Nordrhein-Westfalen und versprach, wie zuvor in Rheinland-Pfalz, unbürokratische Soforthilfen. „Wir werden gemeinsam alles daran setzen, dass das Geld schnell zu den Menschen kommt“, sagte Merkel.

„Ich hoffe, dass das eine Sache von Tagen ist.“

Bereits an diesem Mittwoch möchte die Bundesregierung die Soforthilfen auf den Weg bringen. Insgesamt geht es um rund 400 Millionen Euro, die je zur Hälfte vom Bund und von den Ländern getragen werden sollen. Der Bund will den Ländern zudem die Kosten für Rettungseinsätze von Bundespolizei, Bundeswehr, Technischem Hilfswerk und Bevölkerungsschutz erlassen.

In Stuttgart forderte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) unterdessen die Wiedereinführung einer verpflichtenden Elementarschadenversicherung für alle Gebäudebesitzer.

Gleichzeitig geht die Debatte um Konsequenzen für die Organisation des Katastrophenschutzes in Deutschland weiter. Viele Helfer, unter anderem vom Deutschen Roten Kreuz, beklagen eine chronische Unterfinanzierung. • SEITE 5

Unterm Strich

Gut geimpft ist halb gewonnen

Man kann von der Pandemie halten was man will, bisweilen zeigt sie auch unvorhergesehene Vorteile für bestimmte Branchen. Zum Beispiel ist der Bierkonsum gemäß einer Studie des Marktforschungsinstituts Nielsen gestiegen, was natürlich die Bierbrauer freut. Und das, obwohl das Münchner Oktoberfest im Vorjahr ersatzlos ausgefallen ist. Doch viel wichtiger als das Leeren von Bierfässern wäre nun das Leeren von Impfstoffampullen. Insbesondere die Marke Astrazeneca liegt bleischwer wie englisches Frischbier in den Medizinschrän-

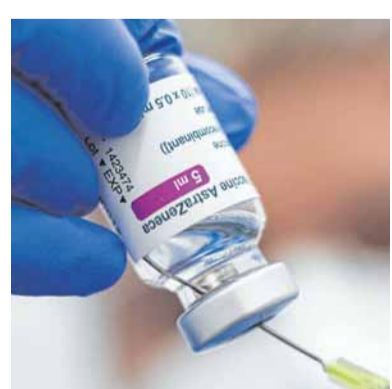
chen der Republik, was den Virologen trotz absoluter Nüchternheit schweres Kopfzerbrechen macht.

Es böte sich also an, ein Anreizsystem zu schaffen für Leute, denen es nicht Anreiz genug ist, ihr eigenes Leben oder das der anderen zu schützen. Womöglich wäre auch eine alternative Darreichungsform des Impfstoffs eine Lösung, denn viele Menschen fürchten sich vor Spritzen. Eine Schluckimpfung ist aber augenblicklich noch nicht in Sicht, auch mittels Zäpfchen kann noch nicht geimpft werden. Der US-Bundesstaat Kalifornien hat das Impfen

daher wie eine Lotterie betrieben: Mit dem kleinen Nadelstich war die Teilnahme an der großen Tombola verbunden, bei der umgerechnet etwa 100 Millionen Euro auf die ebenso geimpften wie glücklichen Gewinner warten.

Das kalifornische Modell ist zugleich ein Sinnbild dafür, dass das Leben trotz Light-Joghurts und Multivitaminmischungen ein unberechenbares Glücksspiel bleibt. Noch dazu mit der Gewissheit eines eher unerfreulichen Ausganges. (nyf)

untermstrich@schwaebische.de



Läuft nicht ganz so gut: Impfstoff der Marke Astrazeneca. FOTO: M. BEIN/DPA

Leitartikel

Von Hendrik Groth



Ein Wink mit dem Zaunpfahl

Die neueste Umfrage im Auftrag aller Regionalzeitungen in Baden-Württemberg macht deutlich, wie das Land tickt. Die Ergebnisse lesen sich wie eine Bestandsaufnahme, aber auch wie ein Forderungskatalog für die kommenden Jahre. Trotz schwieriger Finanzlage erwarten die Bürgerinnen und Bürger konkret eine aktive Wohnungsbaupolitik und konsequenten Umweltschutz. Die Bekämpfung von Corona bleibt wichtig, rückt aber etwas in den Hintergrund. Ideologie ist im Südwesten nicht gefragt, vielmehr die pragmatische Problemlösung.

Knapp drei Monate nach der Bildung der neuen grün-schwarzen Regierung wird deutlich, dass die Wählersympathien nicht so deutlich verteilt sind, wie es sich die Landesregierung wünscht: Nur knapp ein Drittel der Befragten findet Grün-Schwarz gut. Die Mehrheit hätte gerne eine Regierung ohne CDU, oder ihr ist es schlichtweg egal. Mit anderen Worten: Wird die vielfach versprochene Digitalisierung der Schulen nicht endlich zügig angepackt, wird flächendeckend kein schnelles Internet angeboten, dann kann sich die Stimmung schnell ändern.

Diese Regierung hat keinen Freifahrtschein für die Zukunft. Ministerpräsident Winfried Kretschmann überstrahlt seine im Land recht unbekanntem Minister in einem Maße, dass es für die Ressortverantwortlichen schnell schwierig werden könnte. Zugegeben: Landespolitik ist bei vielen Menschen nicht zwingend das Erste am Morgen, an das sie denken. Aber das der Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) nur etwa 21 Prozent kennen und dass 75 Prozent der Befragten Gleichgültigkeit signalisieren, wenn es um Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) geht, ist ein schlechtes Zeichen für die Stuttgarter Politik.

Jetzt kommt die Bundestagswahl und die Augen richten sich mess Berlin. Aber spätestens danach muss die Landesregierung Akzente setzen. Für die SPD und die FDP ist die Befragung ein Wink mit dem Zaunpfahl. So schlecht ist ihre Lage nicht, um die dritte Regierung Kretschmann unter Druck zu setzen.

h.groth@schwaebische.de

Wetter

24° bis 28°C
Ein Sommertag im Wohlfühl-Modus



Börse

DAX: + 0,54%
Aktuell: 15 216,27 | Vortag: 15 133,20

Nr. 165 | B 6206



4 190620 602206 3 0029

